

Antrag Nr. 1

An die Mitgliederversammlung (MV) des ADFC Berlin e.V. am 25.04.2026

Antragsteller/in:	Der Landesvorstand des ADFC Berlin e.V.
Ansprechpartner/in:	Evan Vosberg
E-Mail	evan.vosberg@adfc-berlin.de

Betrifft: Politischer Leitantrag der Mitgliederversammlung 2026

Satzungsändernd?

ja (satzungsändernde Anträge müssen spätestens 4 Wochen vor der MV vorliegen (§9 Abs. 16 der Satzung))

nein (einfache Anträge sollen spätestens 1 Woche vor der MV vorliegen (§9 Abs. 15 der Satzung))

Die Mitglieder mögen beschließen:

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club Berlin fordert die Berliner Landesregierung zu einem **#NeustartFürsRad** auf und **das Fahrrad als Schlüssel für eine gute Stadt für alle** in einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik zu verankern. Der Ausbau des Radverkehrs ist Teil nachhaltiger Lösungen für die Mobilität in Berlin und leistet einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz, zur Gesundheitsförderung und zur Entlastung der Verkehrssysteme.

Berlin hat mit dem Mobilitätsgesetz und dem Radverkehrsplan die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen. Doch die Umsetzung bleibt hinter den Erwartungen zurück. Projekte werden wiederholt verschoben oder gestoppt, und die Mittel für den Radwegeausbau wurden massiv gekürzt. Diese Entwicklung gefährdet die Zukunftsfähigkeit der Stadt und steht im Widerspruch zu den Zielen des Gesetzes. Die Landesregierung muss den Radverkehr als gleichberechtigtes Verkehrsmittel behandeln.

Die Berliner:innen sollten über die Wahl ihres Verkehrsmittels frei entscheiden können. Unzureichende und desolate Radwege sowie mangelnde Abstellmöglichkeiten an S- und U-Bahnhöfen hindern viele Menschen am Fahrradfahren. Diese Umstände schränken die Wahlfreiheit der Berliner:innen ein.

Die Berliner:innen wollen gern mehr Fahrrad fahren. Dem sollte die Berliner Landesregierung nicht im Weg stehen, sondern in Form von guter Infrastruktur für das Fahrrad ein einladendes Angebot unterbreiten.

Wir fordern daher die zügige Umsetzung des Radverkehrsplans, den schnellen Ausbau des Radwegenetzes und die Umsetzung aller 9 geplanten Radschnellverbindungen. Zugleich müssen die Standards des Mobilitätsgesetzes bei Planung, Sanierung und Bau von Radwegen eingehalten werden.

Tempo 30 rettet Leben, indem es Unfallfolgen mindert und durch verkürzte Anhaltewege Unfälle verhindert. Es ist dringend geboten, die durch die Reform des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung neu gewonnen Möglichkeiten zu nutzen und auf die Straße zu bringen. Darüber hinaus soll Berlin sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Möglichkeit für flächendeckendes Tempo 30 innerorts in die Straßenverkehrsordnung aufgenommen wird.

Anordnungen entfalten ihre Wirkung allerdings nur, wenn sie kontrolliert und konsequent durchgesetzt werden – dafür wir fordern wirksame Kontrollen.

Die Förderung des Radverkehrs ist ein Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsthema. Eine bessere Radinfrastruktur erhöht die Lebensqualität, entlastet die Umwelt und gestaltet den Verkehr der Zukunft. Wir appellieren an die Landesregierung, die notwendigen Mittel bereitzustellen und den Kurs hin zu nachhaltiger Mobilität konsequent umzusetzen. Auch die Bezirke müssen dabei unterstützt werden.

Wir verstehen den Fahrradverkehr als zentralen Bestandteil des Umweltverbundes und fordern die konsequente Umsetzung unseres **Forderungskatalogs "NeustartFürsRad"** für die Legislatur 2026–2031.

Wir fordern den Berliner Senat auf, sich endlich konsequent und zügig für eine fahrradfreundliche, menschenfreundliche Hauptstadt einzusetzen!

Antragsteller:innen:
Der Landesvorstand
ADFC Berlin e.V.